

## Stadtelternrat kritisiert Stadt

■ **Bielefeld.** Der Stadtelternrat kritisiert scharf die Idee der Verwaltungsspitze, mit Zeitverträgen ausgestattete Mitarbeiter der Stadt für einen Monat und einen Tag zu kündigen und danach zu niedrigeren Sätzen wieder einzustellen. Grund: Da die meisten der betroffenen etwa 100 Erzieher Verträge bis zum Ende des Kindergartenjahres 2005/2006 hätten, entstehe die Situation, dass genau in der personalaufwändigen Phase der Aufnahme neuer Kinder „mit erheblich reduziertem Personalstand“ gearbeitet werden müsse. Dass die Stadt 100 Ersatzkräfte bereitstellen kann, bezweifelt der Stadtelternrat. So werde aus frühkindlicher Erziehung „eine reine Kinderverwahrung“. Auch äußern die Eltern die Sorge, dass die finanziellen Einbußen der Erzieher sich auf deren Motivation auswirken könnten.

## Detmolder Straße: Unfälle reduzieren

■ **Bielefeld.** Nachdem die Stadt zugesagt hat, dass eine Mess-Station zur Ermittlung der Luftschadstoff-Belastung an der Detmolder Straße aufgestellt wird, fordert die Bürgerinitiative dort jetzt eine zusätzliche Überprüfung der Verkehrssicherheit. Bei der Umbau-Planung, die breitere Fahrbahnen, schmalere Gehwege, keine Radwege und mehr Verkehr in den Nebenstraßen vorsehe, sieht Martin Schmelz von der Initiative „erhebliche Defizite“. Schmelz schlägt deshalb in einem Schreiben an das Landesministerium für Bauen und Verkehr ein zusätzliches Prüfungsverfahren („Audit“) vor, dass dem Sicherheitsaspekt mehr Gewicht gegenüber Verkehrsablauf, Kosten und Umweltbelangen einräumt. Mit entsprechend geänderter Planung könne der Großteil der Unfälle vermieden werden, hätten Untersuchungen gezeigt.

## Bürgernähe für Umweltdezernat

■ **Bielefeld.** Die Wählergemeinschaft Bürgernähe unterstützt die Forderungen der Umweltverbände nach einem eigenständigen Umweltdezernat. Die Aufgaben des Umweltdezernats, die derzeit vom Beigeordneten Gregor Moss wahrgenommen werden, könnten eine Interessenkollision bewirken. Gerade jetzt, wo aktuelle Planungen über neue Straßen, Baugebiete und Sennese anstehen, sei es unabdingbar, dass ein eigenständiges Umweltdezernat die Möglichkeit hat, Belange des Umweltschutzes einzubringen.

## Wäschefabrik lebt wieder auf

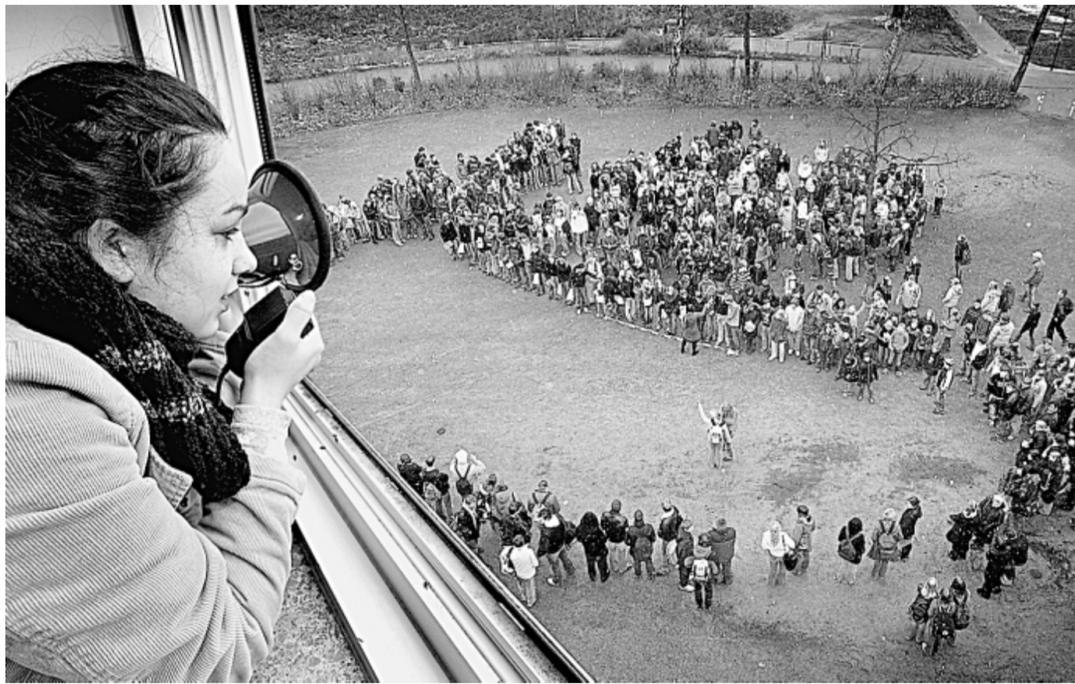
■ **Bielefeld.** Die Produktion in der Wäschefabrik an der Viktoriastraße 48a wird am Sonntag, 26. Februar, wieder aufgenommen. Allerdings nur für kurze Zeit. Ab 14 Uhr näht Stefanie Müller im historischen Sähsaal des Museums nach Schnittmustern der 60er Jahre. Dabei kommen 80 Jahre alte Nähmaschinen aus Bielefeld zum Einsatz.

## BfB spendet einen Theaterstuhl

■ **Bielefeld.** Die Bürgergemeinschaft für Bielefeld (BfB) hat für das neue Stadttheater einen Stuhl gespendet. Die Mitglieder der Wählergemeinschaft sammeln nach einer Besichtigung des Baustelle spontan Geld dafür. Das teilte BfB-Mitglied Dorothea Becker jetzt mit.

## Nina Koch liest Robert Gernhardt

■ **Bielefeld.** Die Bielefelder Bildhauerin Nina Koch liest am Mittwoch, 8. März, in der Zentralbibliothek an der Wilhelmstraße 3 aus „Der letzte Zeichner“ von Robert Gernhardt. Beginn der Veranstaltung aus der Reihe „Literarische Mittagspause“ ist um 12.30 Uhr. Der Eintritt ist frei.



„Wenn ihr weiter kämpfen wollt“: Nora Chowdry, Schülervertreterin am Max-Planck-Gymnasium, spricht zu ihren Mitschülern. FOTO: FRÜCHT

# „Noch ein Wörtchen mitreden“

Schüler demonstrieren gegen geplante Abschaffung der Drittelparität

VON ANDREAS PÜFKE

■ **Bielefeld.** Mit plakativen Aktionen haben mehr als 1.100 Schüler des Max-Planck-Gymnasiums (MPG), des Oberstufenkollegs und der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schulen gegen die geplante Beschneidung von Schüler-Mitbestimmungsrechten durch die Landesregierung demonstriert.

Kern der Auseinandersetzung ist die Sitzverteilung in der Schulkonferenz. Seit diesem Schuljahr sitzen im wichtigsten Gremium der Schule Vertreter der Eltern, Schüler und Lehrer zu gleichen Teilen – Drittelparität genannt. Der Referentenentwurf für das neue Schulgesetz

sieht die Wiederherstellung des alten Verhältnisses von 2:1:1 vor. Die Landesschülervertretung (LSV) NRW nennt das einen „Rückschritt“.

Auf dem Schulhof des Max-Planck-Gymnasiums hapert es anfänglich an der Symbolik. Die gewünschte Formation der Schüler, ein Drittel-„Tortenstück“, will nicht recht zustande kommen. Das Megaphon versagt seinen Dienst, und ohne elektroakustische Unterstützung fällt es den Schülervertretern schwer, aus einem Fenster im dritten Stock ihre 700 Mitschüler auf dem Schulhof zu dirigieren. Am Ende gelingt es doch. Bezirks-Schülervertreterin Nora Chowdry fasst sich ein Herz, ruft mit fester Stimme und ganz

ohne Megaphon zur Demonstration am 14. März in Düsseldorf auf – „wenn ihr weiter kämpfen wollt“.

Schulleiterin Gisela von Alven beobachtet das Treiben durchaus wohlwollend. „Ich finde es gut, dass sie ihre Interessen artikulieren“, sagt die Rektorin, „das ist gelebte Demokratie.“ Die Drittelparität in der Schulkonferenz halte sie gleichwohl für „nicht entscheidend“. Von einer „Frontstellung“ zwischen Schülern und Lehrern könne keine Rede sein. „Es ist Bestandteil unserer Schulkultur, dass alle wichtigen Entscheidungen werden in breitem Konsens getroffen werden“, sagt von Alven. Die Sekundarstufe 1 der von

Bodelschwingh-Schulen folgt zeitgleich annähernd vollzählig dem Aufruf zu einer Menschenkette über das Schulgelände. 400 Schüler beteiligen sich an der Aktion, die Schülersprecher Robert Tilch anschließend als „gelungen“ bezeichnet. Die Schüler hätten ein Zeichen setzen wollen, sagt Tilch: „Wir wollen noch ein Wörtchen mitreden und glauben daran, dass es noch nicht das letzte Wort der Politik war.“

Unterricht ist übrigens – Ministerin Barbara Sommer wird's gern hören – wegen der Schülerproteste nicht ausgefallen. In Abstimmung mit den Schulleitungen haben alle Schülervertretungen für ihre Aktionen die große Pause geopfert und allenfalls ein paar Minuten überzogen.

## „Girokonto zum Nulltarif überzeugt“

Sparda-Bank Hannover eG sieht sich weiter auf Wachstumskurs / Über 1.300 neue Kunden in Bielefeld

■ **Bielefeld** (ass). Das Girokonto zum Nulltarif sowie günstige Konditionen haben nach Angaben der Geschäftsstellenleiterin der Sparda-Bank Hannover auch im vergangenen Jahr „die Kunden in Bielefeld überzeugt und für enormen Zulauf gesorgt“. Ulrike Reker erwartet 2006 ein Wachstum von sechs bis neun Prozent.

„Wir konnten über 1.300 neue Kunden gewinnen“, versichert Reker. Damit sei die Zahl der Kunden der Spardaka-Bank mit Geschäftsstellen am Bahnhof und an der rHauptstraße auf 13.800 gestiegen. Gut 11.000 sind auch Mitglied der Genossenschaftsbank. Ein Anteil kostet 52 Euro, maximal kann ein Kunde 16 Anteile erwerben. Die Bank mit Sitz in Hannover zahlt erneut 6 Prozent Dividende.

Wie Hans-Joachim Wenck, Marktbereichsleiter West der Sparda-Bank, gestern betonte, sind von den 25 Geschäftsstellen



Zufriedene Sparda-Banker: Geschäftsstellenleiterin Ulrike Reker und Marktbereichsleiter Hans-Joachim Wenck (l.). FOTO: ANDREAS FRÜCHT

– davon sechs in OWL mit 40 Beschäftigten – Bielefeld und Herford „besonders gut unterwegs“.

Die Kundeneinlagen stiegen um 4,3 Millionen (+ 4,4 %) auf 105,5 Millionen Euro. Das Kreditneugeschäft, vor allem Baufi-

nanzierungen, erreichte 42,6 Millionen Euro, ohne Sparda-Forward-Darlehen. Baufinanzierungen seien weiter gefragt.

In den Geschäftsstellen Bielefeld und Brackwede sind 15 Bankmitarbeiter und zwei Mitar-

beiter von Vertriebspartnern als Versicherungs- und Bausparexperte tätig. Brackwede erzielt gut ein Zehntel des Geschäftanteils der Filiale Bielefeld.

Nach Auskunft von Ulrike Reker haben auch vermögende Privatkunden neben den klassischen „Geldempfängern“ die Sparda-Bank entdeckt. „Bei uns läuft viel über Empfehlung“, sagte sie. „Vermögende Privatkunden“ beginnen für die Bank laut Wenck ab 50.000 Euro.

Die Sparda-Bank Hannover weist eine Bilanzsumme von rund 3,5 Millionen Euro (+ 3,2 %) aus. Die Kundeneinlagen betragen 2,9 Millionen (+ 3,1 %), die Kundenforderungen auf 2,5 Millionen Euro (+ 4,2 %). Der Zinsüberschuss wird mit 71,7 (- 6,1) Millionen angegeben, der Jahresüberschuss mit 10,7 Millionen (- 18,9 %). Die Cost/Income-Ratio stieg auf 63,3 (60,9) Euro: Für einen Euro Ertrag wurden 2005 63,3 Cent ausgegeben.

## Für die Kinder, für die Stadt, für die Gesellschaft

Pflegeeltern gesucht: Bielefeld startet zweite Kampagne / Gute Kindheit nützt langfristig allen

■ **Bielefeld** (mönt). In der Stadt gibt es offensichtlich viele Menschen mit einem Herz für Kinder. Jedenfalls war die Kampagne „Pflegeeltern werden“ in Bielefeld im vergangenen Jahr ein Erfolg. 30 Familien entschieden sich daraufhin, ein Pflegekind bei sich aufzunehmen. „Jetzt möchten wir noch einen draufsetzen“, sagt Eberhard David, Oberbürgermeister und Schirmherr der Kampagne.

Es gibt mehrere gute Gründe für die Suche nach Pflegeeltern. Der wichtigste ist: Es hilft den Kindern, wenn sie in einer Familie aufwachsen mit Vater, Mutter und eventuell sogar Geschwistern. „Damit soll nicht die Arbeit der Pädagogen in den Heimen kritisiert werden“, sagt Uta Olderdissen vom Jugend-

amt, „aber eine Familie kann sich intensiver um die Kinder kümmern.“

Rund 630 Mädchen und Jungen müssen in Bielefeld untergebracht werden, weil sie nicht mehr bei ihren leiblichen Eltern bleiben können. Drei Möglich-

er. Daran sind auch Sozialdezernent Tim Kähler und Oberbürgermeister Eberhard David interessiert, den durch jedes vermittelte Kind spart die Kommune pro Jahr 11.000 Euro. Ein Heimplatz kostet laut Epp etwa 3.500 Euro. Die Unterbringung in ei-

kommt die langfristigen Ersparnisse hinzu. Eine gute Kindheit sorgt auch im Jugend- und Erwachsenenalter für weniger soziale und gesundheitliche Probleme. Pflegeeltern helfen dem Kind, der Stadt und der Gesellschaft – und mitunter auch sich selbst durch diese sinnvolle Tätigkeit. „Es gibt viele Beispiele, wo die Eltern gesagt haben, dass das Pflegekind ihr Leben bereichert hat“, berichtet Olderdissen. Dafür muss gute Vorarbeit geleistet werden. Das Jugendamt prüft, ob das Kind – meistens ist es zwischen drei und acht Jahren alt – und die potenziellen Eltern zusammenpassen. Zudem schult es die Mütter und Väter und hält den Kontakt auch nach der Vermittlung. Informationen: ☎ 51 26 26.

„Wir lassen die Pflegeeltern nicht im Stich“

keiten gibt es für die Minderjährigen: Heim, Wohngruppe oder Pflegeeltern. Bis vor wenigen Jahren lag die Vermittlungsquote in Pflegefamilien bei rund 40 Prozent. Heute liegt sie laut Georg Epp vom Jugendamt bei 54 Prozent. „Und wir wollen auf über 60 Prozent kommen“, sagt

ner Familie wird von der Stadt mit 630 bis 1.000 Euro für die Eltern unterstützt. Hinzu kommen noch dauerhafte Beratung und Hilfe. „Wir lassen die Pflegeeltern nicht im Stich“, verspricht Armin Förster vom Jugendamt. Neben der kurzfristigen Entlastung für den Stadthaushalt

## Briefe an die Lokalredaktion

### Ich würde den Fes aus Respekt vor dem Gericht ablegen

Der Ausschluss einer Schöf- fin von einer Landgerichts- verhandlung, weil sie sich weigerte, ihr Kopftuch abzusetzen, sorgt weiter für Diskussionen. Es erreichten uns weitere Leserbriefe, auch solche, die sich mit einer Zuschrift des katholischen Dechants Klaus Fussy zu dem Thema auseinandersetzen. Wir veröffentlichen Auszüge:

Die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Bielefeld nennt die richterliche Entscheidung „ein Signal gegen die Integration“ und protestiert dagegen. Was ist „Integration“? Sollten sich die Deutschen den Gesetzen und Gebräuchen der Eingewanderten anpassen oder umgekehrt? Ich, selbst italienischer Eingebürgerter, halte es für selbstverständlich, dass ich mich nach den Gesetzen des Gastlandes richten muss.

Zu dem Fall Kopftuchstreit erläutert J. Hagmann, Richter am Amtsgericht Bielefeld, treffend, was für Vorschriften im Gerichtssaal gelten: „Alle Berufsrichter sind verpflichtet, im Strafverfahren schwarze Roben und weiße Krawatten zu tragen, um nach außen absolute Unpar-

teillichkeit zu demonstrieren.“ Die Schöffen, als Teilhaber der richterlichen Gewalt, sind meiner Meinung nach ebenso verpflichtet, auch nach außen Neutralität zu zeigen, also dürfen sie kein Kopftuch bzw. kein christlich-religiöses Zeichen tragen.

Zu dem Protest des Dechanten Fussy sage ich, dass dieser unbegründet ist. Denn der muslimischen Frau wurde nur in der Funktion als Schöffin das Tragen des Kopftuches untersagt, eben weil sie als „Co-Richterin“ auch äußerlich Neutralität zeigen sollte. Zu dem Zitat aus dem Vatikanischen Konzil möchte ich sagen: Für uns Katholiken ist ohne Zweifel Respekt gegenüber den Muslimen Grundlage unseres Denkens und Handelns. Ich bin aber überzeugt, dass das Tragen des Kopftuches nicht zu den wichtigen Lehren des islamischen Glaubens gehört.

Also, ich, Glied der katholischen Kirche, fühle mich in diesem Fall nicht von Herrn Fussy vertreten. Ich und andere Katholiken aus meinem Bekanntenkreis distanzieren uns von dem Protest des Dechanten Fussy.

Dr. Mario Pierobon  
33602 Bielefeld

Und zu zwei anderen Leserbriefen schreibt Dr. Mustafa Cevrim:

Sie beinhalten kaum Aussagen zu dem ungewöhnlichen Vorgang beim Gericht, als viel mehr unqualifizierte Bewertungen zum Islam oder zur Integration der Muslime pauschal. So ist für Frau Herker-Ortshaus das Kopftuch der Muslima durchweg ein Fanal. Ihre weiteren Thesen hören sich an wie Kampffoder gar Krieg der Kulturen. Sie fordert den Schluss der „überflüssigen“ Integrationsversuche aufgrund „weltweiter Islamisierung“. Als angeblicher Verteidiger der westlichen Freiheit verunglimpft sie alle Muslime.

Herr Dr. Tyska als Jurist hält allein die Erwähnung des „Neutralitätsgebots“ für ausreichend, um die Entscheidung der Richterin zu erklären, die Reaktionen eines Zuwanderervereins platt zu machen, die angebliche Unbelehrbarkeit/Integrationsunfähigkeit von Muslimen zu belegen. Denen spricht er jegliche Kenntnis für Trennung Religion und Staat ab, sie wollten nur Sonderrechte in Anspruch nehmen.

Es ist nicht zu übersehen, dass die umfassenderen Freiheiten in Deutschland durch islamische Fundamentalisten missbraucht werden und zu lange geduldet wurden. So wie ich bemühen sich viele Migranten und Deutsche seit Jahren, dies zu verhindern und den Integrationsprozess zu fördern. Wie diese vordergründigen Diskussionsbeiträge belegen, gibt es aber auch deutsche Unbelehrbare.

Ich jedenfalls würde in der Situation der Schöffin meinen Fes allein aus Respekt vor dem Gericht ablegen, die Hindu haben es da mit ihren Glaubenssymbolen schwieriger; bei Bekenntnissen geht das gar nicht. Im Alltag oder falls ich mal als Angeklagter vor das Gericht käme, wäre es mir aber wohler, wenn ich bzw. der Richter bei den Schöffen auch die deutschen Fundis äußerlich erkennen könnte.

Dr. rer. nat. Mustafa Cevrim  
33619 Bielefeld

Mit Verwunderung und auch Befremden las ich die Stellung-

nahme von Dechant Fussy in Sachen „Schöffin muslimischen Glaubens mit Kopftuch im Gerichtssaal“. Meine Frage: Warum hat der Dechant bei diesem Thema die Verbannung der Kruzifixe aus den Gerichten unerwähnt gelassen? Als langjähriger Schöffe habe ich die seinerzeitige Entscheidung stark kritisiert und den Mut der Bayern und Schwaben, die sich dieser Regelung nicht gebeugt haben, als mutig und richtig empfunden. Franz-Josef Stockmann  
33619 Bielefeld

Mit Erstaunen habe ich den Leserbrief von Dechant Fussy gelesen. Das Kopftuch der muslimischen Frau ist mehr als nur ein Stück Stoff. Es gilt im Islam als ein religiöses Symbol, unabhängig von individuellen Deutungen, die es erfahren mag. Das Kopftuch bezeugt die Unterwerfung der Frau, die dem Mann unter- und nachgeordnet ist. Und das steht im Widerspruch zu unserer Verfassung, in der die Gleichheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau vertreten wird. Eine Schöffin nimmt ein öffentliches Amt wahr und hat das staatliche Neutralitätsgebot zu beachten. Zu unserer Kultur gehört die weltanschauliche Neutralität des Staates. Insofern hat die Richterin recht getan, wenn sie von der muslimischen Schöffin verlangte, während der Verhandlung im Gerichtssaal das Kopftuch abzulegen.

Dr. Helmut Begemann  
33613 Bielefeld

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Fassen Sie sich bitte kurz. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Falls Sie per E-Mail schreiben, geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer mit an. So können wir überprüfen, ob der Leserbrief wirklich von Ihnen stammt.

**Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegt folgender Prospekt bei:**

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute den nebenstehend genannten Prospekt nicht vorfinden. Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne!

Tel. (05 21) 5 55-6 26 oder Fax (05 21) 5 55-6 31

**Möbel Heinrich**